

## Statements Pressekonferenz

21.4.2023, 10 Uhr

**Dr. Claudia Paganini**, Professorin für Medienethik:

Als Medienethikerin beobachte ich in den letzten Monaten eine Zunahme von Hassrede gegen Klimaaktivist:innen auf Social Media und zugleich eine Verrohung der Sprache insbesondere auch bei Politiker:innen, die beispielsweise von „Extremisten“, „Terroristen“, „Abschaum“ oder gar einer „Pest“ sprechen. Mit trauriger Zuverlässigkeit ist in der Folge genau das eingetreten, was aus der einschlägigen Forschung zu erwarten war: Eine Zunahme der Aggression und von körperlicher Gewalt auf der Straße.

Zugleich lässt sich feststellen, dass die öffentliche Debatte sehr einseitig geführt wird. Die „störenden“, dabei aber friedlichen Protestformen der Aktivist:innen werden dekontextualisiert, die Aktivist:innen selbst kriminalisiert, als moralisch fragwürdig hingestellt und lächerlich gemacht. Auf diese Weise wird vom eigentlichen Thema, der Dringlichkeit effektiver Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise, abgelenkt. Genau so wenig kommt in den Blick, dass die Aktivist:innen auf der Straße ständig größerer Gefahr ausgesetzt sind und dass es die Aufgabe unserer Gesellschaft ist, die Aktivist:innen gerade in dem Moment, wo sie sich mit ihrem Protest im demokratischen Diskurs einbringen, zu schützen.

Aus diesen Anliegen heraus hat ein aus ca. 30 Wissenschaftler:innen bestehendes interdisziplinäres Redaktionsteam die nun vorliegende Erklärung „Handeln statt Kriminalisieren“ verfasst. Der Text wurde seit Montag über verschiedene Verteiler weitergegeben, aber noch nicht öffentlich (beispielsweise über Social Media) beworben. Trotzdem haben in dieser kurzen Zeitspanne bereits rund 1.400 Wissenschaftler:innen aus dem deutschen Sprachraum unterzeichnet.

**Dr. Andreas Lob-Hüdepohl**, Professor für Theologische Ethik, Geschäftsführer des Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik sowie Mitglied des Deutschen Ethikrates

Klimaprotestaktionen der *Letzten Generation* halten in diesen Tagen die deutsche Hauptstadt in Atem. Sie führen zu erregten Debatten in Politik und Öffentlichkeit. Zweifellos kann über Sinn und Berechtigung dieser Aktionsformen gestritten werden. Sie aber pauschal als kriminell, staatszersetzende oder gar als terroristisch zu verunglimpfen, muss selbst heftigen Widerspruch erfahren.

Ungenehmigte Straßenblockaden zu Demonstrationszwecken sind nichts Ungewöhnliches – selbst in Deutschland nicht. Wolfgang Thierse blockierte als ehemaliger Bundestagsvizepräsident eine Kreuzung, um einen 1.Mai-Aufzug der NPD zu verhindern. Und schon vor knapp vier Jahrzehnten eilte der damalige bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß an die Grenze nach Österreich, um den blockierenden LKW-Fahrern im Kampf gegen Mautgebühren persönlich seine volle Unterstützung zu versichern.

Zweifelsohne besteht in einem Rechtsstaat eine auch moralische Pflicht, sich an geltende Gesetze zu halten. Aber es gibt Ausnahmen. Solche Ausnahmen nennen sie ‚zivilen Ungehorsam‘. Der liberale Rechtsphilosoph und Gerechtigkeitstheoretiker John Rawls versteht darunter eine „öffentliche, gewaltlose, gewissensbestimmte, aber politisch gesetzeswidrige Handlung, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder der Regierungspolitik herbeiführen soll“.

Ziviler Ungehorsam gehört zum Lebenselixier einer streitbar-liberalen Demokratie. Seine moralische Legitimität hängt unbestritten an hohen Standards: Er muss sich gegen schwerwiegende Ungerechtigkeiten wenden. Er darf nie die öffentliche Ordnung insgesamt gefährden. Er muss öffentlich und symbolisch sein, um tatsächlich auf die Änderung der Mehrheitsmeinung und des politischen Handelns hinwirken zu können. Und ihre Ernsthaftigkeit stellen zivil Ungehorsame gerade dadurch unter Beweis, dass sie im Zweifelsfalle die (straf-) rechtlichen Folgen ihres Gesetzesverstoßes und damit die Regeln des Rechtsstaates akzeptieren. Darin gipfelt das Symbolhafte ihres dramatischen Appells. Mehr noch: Was im Fall wiederholten zivilen Ungehorsams aus Sicht des (Straf-)Rechts zunächst als ärgerliche, ja sanktionsverschärfende Renitenz eines unbelehrbaren Wiederholungstäters erscheinen mag, das ist – sofern tatsächlich gewissensbestimmt – aus sozialetischer Sicht als prinzipiengeleitete Unbestechlichkeit und Unbeugsamkeit zu werten.

An diesen Kriterien sollten wir die Aktionen messen. Unbeschadet dessen darf die Diskussion über die Angemessenheit dieser Protestformen nicht dazu missbraucht werden, von den eigentlichen Zielsetzung der Proteste abzulenken: die energische Umsetzung der absolut dringlichen Klimaschutzmaßnahmen. Deshalb: Handeln statt kriminalisieren.

**Dr. Johann Graf Lambsdorff**, Professor für Volkswirtschaft und Korruptionsforscher

Die *Letzte Generation* ist eine Mahnung an uns alle: Wir müssen rasch einen Konsens finden und politische Mehrheiten für effektiven Klimaschutz organisieren. Entgegen dieser Mahnung suchen viele die Kontroverse: Gegen die *Letzte Generation* oder dafür. Gegen gewaltfreien Widerstand oder dafür. Auf Ebene des Handelns verstrickt sich die Politik in Grabenkämpfe. Auf der einen Seite Technologieoffenheit, mehr Markt, weniger Bürokratie, dynamisches Unternehmertum und weniger Staat. Auf der anderen Seite ein Fokus auf eine Implementierung derzeit vorhandener Technologien mit Hilfe regulatorischer Eingriffe, staatlicher Förderprogramme und einer CO<sub>2</sub>-Steuer. Hier wird der Klimaschutz zerrieben in alten dogmatischen Streitigkeiten. Natürlich brauchen wir beide dieser Seiten. Die politischen Streitigkeiten, genauso wie die um die *Letzte Generation*, lenken vom eigentlichen Thema ab.

Wie sehr wir vom Thema ablenken, sehen wir daran, dass wir sogar offensichtliche Maßnahmen nicht implementieren, Maßnahmen, die zwischen politischen Parteien, zwischen arm und reich, zwischen akademischen Disziplinen und den vielen Unterschieden in der Gesellschaft rasch Mehrheiten finden. Eine volkswirtschaftliche Sicht auf die Problemlage hilft, diese Maßnahmen zu identifizieren. Wir bezeichnen diese als „low-hanging-fruit“, niedrig-hängende Früchte, die einfach zu pflücken sind. Damit sind Lösungen gemeint, die nichts kosten, sogar Geld einsparen und die für große Mehrheiten der Bevölkerung Vorteile versprechen. Mit solchen Maßnahmen meine ich insbesondere den Abbau klimaschädlicher Subventionen.

Vor 3 Jahren hatte eine Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace klimaschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen identifiziert. Diese kosten uns jährlich 46 Mrd.€. Die betreffenden Subventionen sind beispielsweise die Energiesteuerbefreiung von Kerosin, die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge, Strompreisausnahmen und Energiesteuerbegünstigung für die Industrie, Energiesteuerbegünstigung für die Stromerzeugung, ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für tierische Produkte, die Energiesteuervergünstigung für Dieselkraftstoff und das Dienstwagenprivileg. Eine Abschaffung dieser Subventionen würde zu einer Reduktion der Emissionen von 100 Mio. Tonnen, fast 1/7 der Gesamtemissionen Deutschlands beitragen.

Das Bundesumweltamt nennt in einer Studie von 2021 weitere schädliche Subventionen, wie Subventionen und Energiesteuervergünstigungen für Braunkohle, kostenfreie Zuteilung von CO<sub>2</sub> Emissionszertifikaten, Zuschüsse an stromintensive Unternehmen sowie Begünstigung bei Stromnetzentgelten bis hin zu Exportkreditgarantien für Kohlekraftwerke. Ferner sind bei den Subventionen diejenigen der EU zu benennen, insbesondere die Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe im Rahmen der EU-Agrarsubventionen, von denen Deutschland jährlich ca. 6 Mrd. bezieht. Deren klimaschädliche Wirkung wird schon lange diskutiert.

Dies sollten „low-hanging-fruit“ sein. Alle politischen Parteien sprechen sich immer wieder für einen Abbau von Subventionen aus. Es ist besonderes skandalös, dass unsere Steuergelder verschwendet werden, um unseren Kindern und Enkeln eine Klimakatastrophe zu hinterlassen. Die *Letzte Generation* legt ihren Finger in eine Wunde, denn Klimaschutz könnte kostengünstig und effektiv umgesetzt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, beim Abbau klimaschädlicher Subventionen tätig zu werden, statt Klimaktivisten zu verunglimpfen.

**Dr. Christina West**, Geographin, Transformationsforscherin und Philosophin

Die *Letzte Generation* fordert heraus! Und wie die öffentlichen und privaten Diskussionen zeigen, werden diese auf ganz unterschiedlichen Ebenen und durchaus mit unterschiedlichen Grundpositionen, Lautstärken und Aggressionsniveaus geführt. Diskutiert werden meist die Verhältnismäßigkeit der Aktionen, und die Legitimation der Mittel des zivilen Ungehorsams werden hinterfragt, als unzulässige Behinderung konnotiert, abgelehnt oder sogar bestraft und kriminalisiert.

Und das ist der blinde Fleck in der öffentlichen Diskussion. Übersehen wird das Angebot, welches die *Letzte Generation* uns allen mit ihren Aktionen macht. Indem sie den öffentlichen Raum besetzen, stellen sie Öffentlichkeit her, bieten und fordern den öffentlichen Diskurs im öffentlichen Raum über die Zukunft des Lebens auf dem blau/grünen Planet Erde, bieten eine öffentliche Plattform für den Diskurs zu zukunftsorientierter, nachhaltiger Entwicklung, Produktion und Wirtschaften, Bauen, Mobilität, Energiewende, Nutzungen des öffentlichen Raums, also des Lebens, an.

Damit und mit Rückgriff auf Hannah Arendt eröffnet die *Letzte Generation* einen Erscheinungsraum, eine Transtopia (West 2019), die nicht nur zur Grundlage zukunftsorientierter nachhaltiger Entscheidungen wird, sondern viel mehr die notwendige und längst überfällige Umsetzung von Maßnahmen und Zielen, wie sie etwa im Pariser Klimaschutzabkommen auch von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurden, in Vollzug und Umsetzung bringt, indem „... Worte und Taten untrennbar miteinander verflochten werden, ... (um) neue Bezüge (zu) etablieren und (zu) festigen, und damit neue Realitäten (zu) schaffen ...“ (in Anlehnung an Hannah Arendt, 1960)

Wie also ist Transformation zu nachhaltiger Entwicklung möglich? Wie gelingt es, dann tatsächlich Wege aus der Krise und den Krisen nicht nur zu finden, sondern aktiv zu entwickeln und sofort umzusetzen?(!)

Dazu braucht es veränderte Modi und Prozesse der Aushandlung – also wie wir aushandeln - und mit welchen veränderten Routinen der Umsetzung in politischen Prozessen und in der Realwelt wir zukünftig arbeiten und gestalten.

Deshalb stellen wir den drei Dimensionen oder Säulen „Nachhaltiger Entwicklung“ (Ökologie, Ökonomie und Soziales) noch zwei weitere Säulen hinzu, die Kulturelle – mit der wir den Blick für unsere Aushandlungsprozesse schärfen - und die Politische, mit der wir Entscheidungs- und Umsetzungsroutinen verändern. Insbesondere über diese beiden Dimensionen – die kulturelle und politische Dimension – verändern sich dann auch die Aushandlungsprozesse und Zusammenarbeit

zwischen den einzelnen Akteursgruppen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft ... gefordert ist nämlich quer zu allen bisherigen Grenzen der bestehenden gesellschaftlichen Systeme – also transversal – zu arbeiten.

Der Arbeitsmodus dieser so entstehenden „Transversalen Gesellschaft“ (u.a. West 2019) ist also eine zukunftsorientierte und zukunftsfähige Gesellschaft, damit die *Letzte Generation* zur Nächsten Generation werden kann ... also überhaupt eine Aussicht und Chance für eine Zukunft hat.

Dafür braucht es in allen gesellschaftlichen Bereichen Experimentierklauseln und Experimentierräume sowie eine Ausweitung der transdisziplinär-transformativen Forschung wie etwa in Reallaboren.